



# Grün und Unabhängig

**Aktuell**  
24. April 2019

## Erweiterung der Achtalschule zur Gemeinschaftsschule und die Finanzlage der Gemeinde

**Oder: Nichts ist so schlecht, dass es nicht auch etwas Gutes hat.**

Die Nachricht schlug in Verwaltung und Gemeinderat wie eine Bombe ein: Für nächstes Schuljahr sind in der 5. Klasse der Gemeinschaftsschule Baienfurt nur 22 Schülerinnen und Schüler angemeldet worden. Das verändert vieles.

Jahrelang ist die bauliche Erweiterung der Achtalschule zur Gemeinschaftsschule in Gemeindeverwaltung und Gemeinderat geplant worden. Dafür wurde die enorme Summe von ca. 18 Millionen Euro (unter Berücksichtigung von Zuschüssen verbleiben 14 Mio. bei der Gemeinde) veranschlagt – für Baienfurt mit dieser Bausumme ein historisch einzigartiges Projekt. Die Planung war kurz vor der Vergabe millionenschwerer Bauleistungen. Einen Monat vorher – sozusagen 1 Sekunde vor Zwölf – dann die Nachricht der Schulleitung, dass die bisherige Zweiklassigkeit der Schule (mindestens 30 Schüler) mit 22 Anmeldungen in diesem Jahr nicht erreicht wird. Genau eine stabile Zweizügigkeit aber war die Ausgangsbasis aller Planungen.

Als Gemeinderat macht man ein **Wechselbad der Gefühle** durch. Man fühlt sich brutal aus allen Gewissheiten und Planungen gerissen, ist darüber mehr als verärgert, empfindet aber auch eine riesige Erleichterung, knapp einer Katastrophe entronnen zu sein. Nach einer gewissen Beruhigung stellt sich dann das Gefühl ein, dass das Ganze vielleicht gar nicht so schlecht ist: Eine stabile einzügige Gemeinschaftsschule mit mindestens 16 Schülern, die die Sekundarstufe im Ort behält – und auf der anderen Seite überschaubare Investitions- und Unterhaltungskosten. Und es stellt sich für uns so dar, dass unsere Gemeinschaftsschule so gut aufgestellt ist, dass sie zumindest in dieser Form weiterexistieren kann. Ob sie – auch angesichts steigender Schülerzahlen in der Grundschule - wieder eine stabile Zweizügigkeit erreichen kann, so dass sich eine Umsetzung der Erweiterungspläne anbietet, können wir dann in Ruhe abwarten. Auf jeden Fall sollte aber mal die Baugenehmigung, die für 3 Jahre gültig ist und verlängert werden kann, erwirkt werden.

**Für uns „Grüne und Unabhängige“ ist zuerst einmal klar, dass die bisherigen Planungen sofort gestoppt werden und auf Eis gelegt werden, bis wieder eine stabile Zweizügigkeit erreicht wird. Notwendige kleinere Investitionen, die für die Attraktivität einer einzügigen Gemeinschaftsschule wichtig sind, werden wir „Grüne und Unabhängige“ befürworten, wenn sie einer später immer noch möglichen Erweiterung nicht im Wege stehen.**

Natürlich sucht man nach **Gründen für die Entwicklung**, um die Schule von Seiten der Gemeinde unterstützen zu können. Die lange Planungsphase bei der Umsetzung der Erweiterung ist unserer Meinung nach nicht schuld an der Entwicklung. Immerhin hat die Gemeinschaftsschule „vorläufig“ einen gelungenen Grundschulneubau in Betrieb nehmen können. Außerdem gibt es auch Gemeinschaftsschulen in der Region, die trotz Neubauten einen Schülerrückgang aufweisen. So

stößt man bei der Suche nach Gründen – angesichts des generellen Trends abnehmender Schülerzahlen an Gemeinschaftsschulen – zuerst einmal auf die **Schulpolitik**. Sie hat in letzter Zeit immer mehr Möglichkeiten geboten und damit den Gemeinschaftsschulen immer mehr **Konkurrenz** geschaffen- so z.B. durch die Schaffung eines Hauptschulabschlusses an Realschulen. Sich in dieser Konkurrenz zu behaupten, ist gerade in unserer Region mit einer Vielfalt an staatlichen und privaten Schulen, die noch zusätzliche attraktive Angebote machen können, besonders schwer. Durch die Aufhebung der Schulbezirke und der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung werden den Eltern bei der Schulwahl **mehr Wahlmöglichkeiten** gegeben. Dafür werden aber die Schulen durch eine immer stärker heterogene Schülerschaft belastet und den Schulträgern die **Sicherheit in der Planung der Schullandschaft genommen**. **Die Kommunen haben also den „Schwarzen Peter“**. Sie müssen – diese Entwicklung sieht man ja gerade auch in Ravensburg und Weingarten – **historische Schulprojekte schultern, ohne Sicherheit in ihrer Planung zu haben**. Das hat uns in Baienfurt – wie wir jetzt wissen – in ein großes finanzielles Risiko geführt. Es kann doch z.B. nicht sein, dass das finanzschwache Weingarten seine Realschule mit dem Angebot eines Hauptschulabschlusses endlos ausbauen muss, um den Ansturm von Schülern zu bewältigen, und so der Gemeinschaftsschule Baienfurt die notwendigen Schüler fehlen, die hier denselben Abschluss machen könnten. Die Städte und ihre Schulen „kannibalisieren“ sich in diesem für die Gemeindefinanzen **ruinösen Wettbewerb** – ohne nennenswerte Vorteile für Eltern und Schüler. Um das **Risiko falscher Investitionen** abzumildern, müssen die Kommunen – vor allem Weingarten und Baienfurt – hinsichtlich ihres Schulangebots **mehr zusammenarbeiten**. Aber auch mit den nördlichen Kommunen Baidt und Wolpertswende müssen wieder alte Beziehungen und Überlegungen hinsichtlich der **interkommunalen Zusammenarbeit** beim Schulangebot aufgenommen werden, um das Angebot der Gemeinschaftsschule Baienfurt für Schüler dieser Orte wieder attraktiver zu machen.

**Wir „Grüne und Unabhängige“ wollen unsere Gemeinschaftsschule auch weiterhin im Ort halten und mit allen sinnvollen und vertretbaren Maßnahmen unterstützen. Dazu setzen wir uns für eine enge Abstimmung mit den Nachbarkommunen über die Schullandschaft in der Region nördliches Schussental ein.**

## **FINANZIELLE SITUATION BAIENFURTS**

Damit Sie, lieber Leser, ermessen können, **wie immens sich die Finanzlage Baienfurts dadurch ändern wird**, wenn die bauliche Erweiterung der Gemeinschaftsschule nicht kommt, studieren Sie bitte die folgende Übersicht über die geplante Entwicklung der Rücklagen Baienfurts aus dem **Haushaltsplan 2019**, die **NOCH** von Ausgaben für die bauliche Erweiterung der Gemeinschaftsschule in Höhe von **knapp 14 Mio. Euro AUSGEHT**. Dann können Sie die **Erleichterung aus finanzieller Sicht** nachvollziehen.

	2018	2021
Stand der Rücklagen am Ende des Jahres	23,261 Mio	- 1,334 Mio